

MEDIEN

FÜR MEHR OBJEKTIVE INFORMATION UND MEINUNGSVIELFALT IN DEN MEDIEN

Zusammenfassung

- Die Freiheit der Medien in Bericht und Meinung muss gewahrt bleiben; diese wird allein durch die grundgesetzlich definierten Grenzen eingeschränkt.
- Vorgaben bezüglich politischer Korrektheit zur Lenkung der Medienkonsumenten lehnen wir ab.
- Als mündige Bürger verlangen wir von den Medien umfassende und ungefilterte Information anstatt moralisierender Beiträge, Mainstreamdenken und tagesaktuelle Ideologie.
- Staatseingriffe durch Subventionen oder Zwangsgebühren einerseits und Zensur (Netzwerk durchsetzungsgesetzt) andererseits betrachten wir als grundgesetzwidrig und undemokratisch.
- Wir appellieren zu journalistischen Standards zurückzukehren, die neutrale Information in der Berichterstattung bieten und Meinung strikt davon trennt.
- Lügen-/Lückenmedien und relatiunierte Medien leiden ohnehin an galoppierendem Absatzschwund und scheiden infolge aus dem Markt aus.

Medien

1. Die **politische Einstellung von Journalisten** der klassischen Medien ist weitestgehend Links bzw. Linksrün. Deren Berichterstattung ist vielfach ideologisch geprägt und wirkt deshalb einseitig meinungsbildend. Wir wirken diesen Zuständen entgegen, indem wir zumindest einen selbstverständlichen journalistischen Standard appellativ einfordern: Unterlassung der Diffamierung des politischen Gegners durch Pejorative wie Rassisten, Populisten, Rückwärtsgewandte, Ewiggestrige, Rechtsextreme bis Nazis etc.
2. **Zur ideologischen Meinungsbeeinflussung** der Medienkonsumenten findet verbreitet eine Vermischung von Bericht und Kommentar, also Nachricht mit Meinung, statt. Das ist journalistisch unwürdige Propaganda und setzt den gesamten Berufsstand dem Vorwurf der Meinungslenkung, wie in einer Diktatur mit gleichgeschalteten Medien, aus.
3. **Die Einseitigkeit** der Leitmedien wie Spiegel, Bild, Süddeutsche Zeitung, Welt, Zeit, ARD/ZDF u.a. erreicht ihren Gipfel im **Hinrichtungsjournalismus** (z. B.: Sebnitz, Wulff, Pegida, Identitäre Bewegung, Chemnitz) sowie im **Zensurjournalismus** (z.B.: Ausländer als Täter sollen als solche nicht benannt werden). In beiden Fällen handelt es sich um unverantwortliche Manipulationen der Bevölkerung. Wir verlangen die Ächtung dieses Vorgehens durch den Presserat.
4. Wir **appellieren** an die privatwirtschaftliche Tages- und Wochenpresse, zu den **journalistischen Standards** einer objektiven Nachrichtengebung zurückzukehren und das **Prinzip der Trennung von Meinung und Bericht** zu beachten, um so der Aufgabe als „Vierte Macht“, in der Form einer Regierungs- und Staatskontrolle, gerecht zu werden.

5. **Wir unterstützen und stärken Print- und Digitalmedien**, soweit sie den genannten Forderungen entsprechen.
6. Wir setzen uns dafür ein, die **Berufsbezeichnung „Journalist“ zu schützen** und an bestimmte Kriterien zu binden: staatlich anerkannte Ausbildung mit akademischer Abschlussprüfung sowie einem ausbildungsbegleitenden abgeschlossenen Fachstudium.
7. Wir fördern junge sowie unabhängig schreibende Journalisten durch bevorzugte Informationsgebung (analog dazu anwendbar: neuer Pressekodex der DAX-Unternehmen zur Trennung von Nachricht und Werbung),

durch die Anregung eines Journalistenpreises für herausragend objektive Berichterstattung sowie durch die ideelle Unterstützung junger und seriöser alternativer Medien, die ihre Kontrollfunktion als vierte Gewalt bereits unter Beweis gestellt haben.
8. Wir verlangen die ungeteilte Informationsfreiheit im Internet und die uneingeschränkte zeitliche und räumliche Verfügbarkeit, ohne staatliche Eingriffe. Die geltenden Presse-gesetze, zusammen mit den Strafgesetzen sind in diesem Rechtsraum anzuwenden und werden als ausreichend für Einhegung und Kontrolle betrachtet.
9. Im NDG (Netzwerkdurchsetzungsgesetz) sehen wir eine eklatante Umgehung des im Grundgesetz verankerten Verbotes einer staatlichen Zensur. Dass diese Art der Zensur in die Hände privater Unternehmen gelegt wird, ist grundgesetzwidrig.
10. Wir fordern **die Abschaffung der Zwangsgebühren** für die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und TV-Anstalten, den ZDF-Rundfunkstaatsvertrag wegen Verfassungswidrigkeit zu kündigen und das ZDF entweder zu privatisieren oder abzuwickeln. Solange dieses System jedoch fortbesteht, hat im zwangsfinanzierten öffentlichen Rundfunk Werbung nichts zu suchen.
11. **Schlechte Vorbilder für die Jugend** wie Überbetonung und Idealisierung randständiger Lebensformen, gewaltverherrlichende Film- und Musikbeiträge oder Schein- Wissenschaften wie Genderismus, aber auch Klimahysterie gehören ebenso wenig in den öffentlichen Rundfunk.

Verabschiedet Dezember 2018, Team Konservatives NRW

